

## **Sicherheit und Recht**

### **Wovon wir überzeugt sind**

Der demokratische Rechtsstaat ist uns alltäglich, aber er ist nicht selbstverständlich. Wir sind davon überzeugt, dass Demokratie und Rechtsstaat unerlässliche Voraussetzungen für die Freiheit des Einzelnen und seine Würde sowie Wohlstand und sozialen Ausgleich sind. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht der freie und mündige Staatsbürger. Wir wissen, dass weder der autoritäre Staat noch grenzenlose Freiheit eine funktionierende staatliche Ordnung garantieren. Im dauerhaften Spannungsfeld zwischen dem Streben nach Freiheit und dem Wunsch nach Sicherheit setzen wir deshalb auf den Schutz der allgemeinen Freiheitsrechte unter Berücksichtigung unserer Grund- und Werteordnung. Wir treten jedwedem politischen und religiösen Extremismus entgegen. Nur so können wir von den Bürgern Vertrauen und Einsatz für den demokratischen Grundgedanken fordern.

### **Wir wollen Sicherheit für alle Bürger**

Wir stehen für einen starken und wehrhaften Rechtsstaat. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf Sicherheit. Nur in einem sicheren Staat ist ein Leben in Freiheit und Würde möglich. Wir sind davon überzeugt, dass nur eine konsequente Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gewährleistet. Sicherheit ist ein wichtiger Indikator der Zufriedenheit der Bürger. Deshalb ist uns auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen wichtig.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Die Polizei und Ordnungsbehörden müssen in der Lage sein, Recht und Ordnung zu jeder Zeit und an jedem Ort konsequent durchzusetzen. Wir haben erkannt, dass die polizeilichen Kräfte mit vielen Aufgaben konfrontiert sind, die sie personell und sachlich außerordentlich beanspruchen. Deshalb befürworten wir eine Entlastung von solchen Tätigkeiten, die nicht zwingend als hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen sind. Uns ist die Präsenz der Sicherheitsbehörden vor allem im ländlichen Raum wichtig.

Kriminalität wird zunehmend komplexer. Das beunruhigt die Menschen und stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die polizeilichen Kompetenzen ihren wachsenden Aufgaben entsprechend kontinuierlich zu erweitern. Die zunehmenden Gefahren durch den globalen Terrorismus nehmen wir ernst. Wir werden die Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf europäischer sowie auf Bundes- und Landesebene fördern, um Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung zu intensivieren.

Wir stehen zur Bundeswehr. Sie gehört zu unserem europäischen Sicherheitskonzept. „Staatsbürger in Uniform“ und eine wahrnehmbare Bundeswehr im öffentlichen Leben sind für uns selbstverständlich. Die Wehrpflicht soll weiterhin im Grundgesetz verankert bleiben. Zu unserem Sicherheitskonzept gehört auch der wirksame Schutz der europäi-

schen Außengrenzen, an dem wir uns gemeinsam mit den europäischen Partnern beteiligen wollen.

Den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden sowie der Hilfs- und Rettungsdienste zollen wir Respekt und Anerkennung für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit. Wir wollen die Attraktivität dieser Berufe durch eine zeitgemäße Ausbildung und Besoldung stärken.

### **Wir wollen einen starken und zuverlässigen Rechtsstaat**

Der Rechtsstaat begrenzt staatliche Herrschaftsgewalt im Interesse der Sicherung individueller Freiheit. Das erfolgt maßgeblich durch die Anerkennung der Grundrechte, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und den Individualrechtsschutz durch unabhängige Gerichte. In Deutschland gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts. Nur der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die geltende Rechtsordnung durchzusetzen. Verfassungsfeindlichen Ideologien und Religionen werden wir mit aller rechtsstaatlichen Härte begegnen. Die Unabhängigkeit der Justiz ist eine wesentliche Säule unseres Rechtsstaates und deshalb vor politischer Einflussnahme zu schützen. Allerdings können höchstrichterliche Entscheidungen Politik nicht ersetzen. Politische Grundsatzentscheidungen gehören deshalb in die Parlamente.

Wir halten an der weltanschaulichen Neutralität des Rechtsstaates fest. Die Ausübung kultureller und religiöser Überzeugungen findet ihre Grenze in der staatlichen Ordnung. Diese Neutralität gilt auch für die Vertreter des Staates.

Nur ein funktionsfähiger und effizienter Rechtsstaat findet dauerhaft Akzeptanz. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass unsere Rechtsordnung gilt und auch konsequent umgesetzt wird. Wir wollen, dass alle Bürger schnell zu ihrem Recht kommen. Deshalb müssen Gerichtsverfahren zügig durchgeführt und Urteile zeitnah vollstreckt werden. Wer mit dem Gesetz in Konflikt gerät, ist schnell zur Rechenschaft zu ziehen. Strafen sollen spürbar sein, aber auch dem Einzelfall gerecht werden. Die Resozialisierung von Straftätern ist ein wichtiges Anliegen, sie darf sich allerdings nicht aus falsch verstandener Milde oder politischer Korrektheit ins Gegenteil verkehren. Straftaten nicht zu sühnen, ist ungerecht und gefährdet den Rechtsstaat. Im Vordergrund staatlichen Handelns stehen der Opferschutz und die Verhinderung weiterer Straftaten. Wir halten es für richtig, dass die Opfer von Straftaten auf Kosten ihrer Täter entschädigt werden.

Recht muss effizient sein. Deshalb wollen wir die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen überprüfen, um die Überschaubarkeit der Rechtsordnung zu gewährleisten. Bewährtes Recht bleibt bestehen, bevor neue Rechtsnormen erlassen werden.

Vertrauen braucht Transparenz. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Bürgernähe stärken wir die Akzeptanz unserer Rechtsordnung. Gerichte sprechen Recht vor Ort und müssen dort fest verankert sein. Justiz soll sichtbar und präsent sein – besonders in der Fläche!

Die Justiz hat zu Recht den Anspruch auf das beste Personal und die beste Ausstattung. Jede Investition in den Rechtsstaat ist auch eine Investition in unsere Demokratie. Wir setzen auf eine auskömmliche und zukunftsorientierte personelle Besetzung in allen Dienstgruppen.

Maßgeblich für eine leistungsfähige und transparente Justiz ist die innere Einstellung derjenigen, die unseren Rechtsstaat mit Leben erfüllen: Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare, aber auch Polizisten, Verwaltungsmitarbeiter und nicht zuletzt Politiker. Es liegt in deren Verantwortung, das Vertrauen der Bürger in unsere rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken. Das kann nur gelingen mit einem entsprechenden rechtsstaatlichen Ethos, einem Eifer für Tugend und Recht, Pflichtbewusstsein und Zuverlässigkeit. Jeder Staatsdiener muss Verantwortung für sein Handeln übernehmen. Wir wollen diese Eigenschaften fördern und pflegen.

Zuwanderung braucht klare Grenzen und verantwortungsvolle Regeln. Denn wir wissen, dass ein unregelter Zuzug von Menschen mit einer anderen kulturellen Prägung unser Land überfordern würde. Wer sich in Deutschland eine neue Existenz aufbaut und wer zu unserem Wohlstand beiträgt, wer sich in unser Gemeinwesen einbringt und sich engagiert, der wird hier eine neue Heimat finden. Mit einem modernen Einwanderungsgesetz wollen wir die Voraussetzungen hierfür schaffen.

Wir sehen uns in der christlichen Pflicht, Verfolgten im Rahmen unseres Grundgesetzes sowie des Völkerrechts Asyl zu gewähren. Wer in Deutschland leben will, muss bereit sein, unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung zu respektieren. Wir akzeptieren keine Parallelgesellschaft. Allein die zuständigen Behörden und Gerichte haben zu beurteilen, wer in unser Land einreisen und wer bleiben darf. Entscheidungen darüber müssen zügig erfolgen. Wenn die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht vorliegen, muss die Rückkehr in das Herkunftsland konsequent durchgesetzt werden. Wer sein Gastrecht missbraucht, namentlich Straftaten begeht oder die Sicherheit unseres Landes bedroht, muss unser Land verlassen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Union ist notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche deutsche Asylpolitik.

### **Digitalisierung – Herausforderung der Zukunft**

Wir wollen, dass unsere Bürger auch in der digitalen Welt frei und sicher leben können. Deshalb ist es wichtig, die Bürger auf Chancen und Risiken des Internets hinzuweisen. Ganz besonders unsere Kinder und Jugendlichen müssen im Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln geschult werden. Hier sind neben Pädagogen vor allem Richter und Staatsanwälte gefragt, der jungen Generation das erforderliche Rüstzeug zu verschaffen.

Andererseits eröffnet die Digitalisierung mit der Datenerfassung und Videoüberwachung neue Möglichkeiten für die innere Sicherheit, die wir nutzen und ausbauen wollen. Wenn die Sicherheit der Bürger konkret bedroht ist, geht deren Schutz dem Datenschutz vor. Denn Datenschutz darf nicht zu Täterschutz werden.

Ganz besonders wichtig ist die digitale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Hierzu wollen wir eine moderne und kompatible Datenverarbeitung einsetzen, welche die Justiz- und Sicherheitsbehörden aller europäischer Staaten miteinander verbindet. Eine effektive Strafverfolgung darf nicht an den europäischen Binnengrenzen scheitern.

**Lassen Sie uns diskutieren!**

Soll das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger im Fokus der Politik bleiben, auch wenn die Kriminalität objektiv zurückgeht? Wie kann subjektive Sicherheit verbessert werden?

Können die Polizei- und Ordnungsbehörden von Aufgaben entlastet und diese privaten Sicherheitsdienste übertragen werden?

Welche Bedeutung messen Sie dem Datenschutz in Abwägung von Sicherheit und Freiheit bei? Fühlen Sie sich durch einen konsequenten Datenschutz besser geschützt?

Dürfen politische Grundsatzentscheidungen durch das Bundesverfassungsgericht oder müssen diese zwingend von den Parlamenten entschieden werden?

Welche Wege soll Deutschland bei Asyl und Zuwanderung beschreiten? Welche Probleme sehen Sie derzeit? Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?